

Universitäts- und Hansestadt Greifswald

22.10.2018

Niederschrift des öffentlichen Teiles der 30. Sitzung

der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom Montag, 22. Oktober 2018

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 22:22 Uhr
Ort: Bürgerschaftssaal des Rathauses

Anwesenheit

Frau Ulrike Berger
Herr Dr. Ullrich Bittner
Herr André Bleckmann
Herr Ulf Burmeister
Frau Rita Duschek
Herr Rudi Duschek
Herr Frank Embach
Frau Yvonne Görs
Herr Professor Dr. Frank Hardtke
Frau Marion Heinrich
Herr Axel Hochschild
Herr Heiko Jaap
Herr Lutz Jesse
Herr Wolfgang Jochens
Herr Dr. Andreas Kerath
Herr Jörg König
Herr Nikolaus Kramer
Herr Alexander Krüger
Herr Christian Kruse
Herr Thomas Lange
Herr Jürgen Liedtke
Herr Egbert Liskow
Frau Karola Lüptow
Herr Peter Madjarov
Herr Dr. Thomas Meyer
Herr Peter Multhauf
Herr Thomas Mundt
Herr Christoph Oberst
Herr Dr. Sascha Ott
Herr Milos Rodatos
Herr Dr. Ulrich Rose
Frau Dr. Mignon Schwenke
Frau Birgit Socher
Herr Ludwig Spring
Herr Dr. Rainer Steffens
Herr Professor Dr. Thomas Treig
Herr Erik von Malottki
Frau Brigitte Witt
Frau Dr. Monique Wölk
Frau Katja Wolter
Herr Ingo Ziola

Entschuldigt

Herr Ibrahim Al Najjar
Herr Dr. Jörn Kasbohm

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 13.09.2018
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Rechenschaftsbericht des Frauenbeirates
6. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
7. Mitteilungen der Präsidentin unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern
8. Beschlusskontrolle
9. Haushalt 2019/20
10. Beratung der Beschlussvorlagen
 - 10.1. Besetzungen
 - 10.1.1. Umbesetzung Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend
Fraktion DIE LINKE
 - 10.1.2. Umbesetzung Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft
Fraktion DIE LINKE
 - 10.1.3. Umbesetzung AG „Bezahlbarer Wohnraum“
Fraktion DIE LINKE
 - 10.2. Lebensqualität und Sauberkeit in den Quartieren – das Stadtbild pflegen II („Saubere Stadt“ II)
SPD-Fraktion
 - 10.3. 3. Änderungssatzung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die kommunalen Kindertagesstätten der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. I, Eigenbetrieb Hanse-Kinder
 - 10.4. Kommunale Förderung des Psychosozialen Zentrums für Asylsuchende und MigrantInnen mit der Außenstelle MOLE 2019-2020
Dez. I, Integrationsbeauftragte
 - 10.5. Zukünftige Ausgestaltung der Stelle des / der Kinderbeauftragten
Dez. I, Familienbeauftragte
 - 10.6. Festlegung der Anzahl der Mitglieder des Wahlausschusses aus Anlass der Bürgerschaftswahl 2019
Dez. I, Amt 10
 - 10.7. Durchführung von Personalmaßnahmen im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung 2019/2020
Dez. I, Amt 10
 - 10.8. Prüfbericht und Prüfvermerk zum Jahresabschluss 2013 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
André Bleckmann, Vors. des Rechnungsprüfungsausschusses

- 10.9. Feststellung des Jahresabschlusses 2013 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und Entlastungserteilung des Oberbürgermeisters
Dez. I, Amt 20
- 10.10. Neufassung der Satzung zur Förderung des Sports in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. I, Amt 41
- 10.11. Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen für das Produkt 36100 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege – Anteil der Wohnsitzgemeinde an den Platzkosten
Dez. I, Amt 41
- 10.12. 19. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (Bereich des Bebauungsplans Nr. 13 – Am Elisenpark –)
Dez. II, Amt 60
- 10.13. Bebauungsplan Nr. 115 - Am Aalbruch - der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Dez. II, Amt 60
- 10.14. Beschluss zum Ausbau des Knotenpunktes Ernst-Thälmann-Ring/Makarenkostraße sowie zur Abschnittsbildung, Kostenspaltung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme nach der Straßenbaubeitragssatzung
Dez. II, Amt 60
- 10.15. Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Herstellung notwendiger Stellplätze und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder sowie über die Erhebung von Ablösbeträgen für notwendige Stellplätze und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder (Stellplatz- und Fahrradabstellplatzsatzung)
Dez. II, Amt 60
- 10.16. Hafengebührensatzung 2019/ 2020/ 2021 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. II, Amt 66
- 10.17. Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik
SPD-Fraktion
- 10.18. Angebot zur Flüchtlingshilfe – Seenotrettung im Mittelmeer aufrechterhalten
Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4, SPD, DIE LINKE
11. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
12. Schluss der Sitzung

TOP 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**Die Präsidentin der Bürgerschaft**

- . eröffnet die Sitzung.
- . stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.
- . fragt, ob sich jemand gegen die Bild- und Tonaufnahmen der anwesenden Presse ausspreche.

Das ist nicht der Fall.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Hochschild

- . beantragt den TOP 10.16. „Hafengebührensatzung 2019/ 2020/ 2021 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ nach TOP 10.10 „Neufassung der Satzung zur Förderung des Sports in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ zu behandeln.

Frau Socher lässt über den Antrag von Herrn Hochschild abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	3	2

Frau Heinrich

- . beantragt den TOP 10.18 „Angebot zur Flüchtlingshilfe – Seenotrettung im Mittelmeer aufrechterhalten“ vor TOP 10.2 „Lebensqualität und Sauberkeit in den Quartieren – das Stadtbild pflegen II („Saubere Stadt“ II)“ zu behandeln.

Frau Socher lässt über den Antrag von Frau Heinrich abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	13	2

Herr Multhauf

- . kritisiert, dass der Titel des TOPs 9 „Haushalt 2019/20“ nicht ausreichend Aufschluss über den Inhalt des TOPs gebe.

Frau Socher informiert,

- . dass es sich hierbei um Informationen zum Haushaltsentwurf handele.
- . über viele Änderungsanträge zu den Vorlagen.

Frau Socher lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Herr Dr. Ott nimmt während des TOPs an der Sitzung teil.

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 13.09.2018

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es sei ein schriftlicher Antrag von Frau von Busse auf Änderung der Niederschrift eingegangen:

Seite 18, TOP 6.19

„Frau von Busse

. weist darauf hin, dass heute nicht die Detailplanung, sondern die Entwurfsplanung beschlossen werde, in der beschlossen werde, dass a) der Ausbau gewollt sei, b) die Kostenspaltung durchgeführt werde und c) Klassifizierung, dass dieser Bereich als Innerortsstraße eingestuft werde, erfolge.“

zu ändern in

„Frau von Busse

. weist darauf hin, dass heute nicht die Detailplanung beschlossen werde. Mit der Vorlage einschließlich anliegender Entwurfsplanung, soll beschlossen werden: a) ob der Ausbau gewollt, b) die Kostenspaltung durchgeführt und c) die Klassifizierung des Bereiches als Innerortsstraße erfolgen soll.“

Frau Socher lässt über die Änderung abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	3	2

Frau Socher lässt über die geänderte Niederschrift abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	3

TOP 4.

Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Die Präsidentin der Bürgerschaft

. ruft den Tagesordnungspunkt auf.
 . macht darauf aufmerksam, dass die Redebeiträge eine Redezeit von vier Minuten nicht überschreiten sollten.

Eine Bürgerin

. spricht für die Initiative „Seebrücke MV“.
 . plädiert für die Seenotrettung der Flüchtenden.
 . fordert die Mitglieder der Bürgerschaft auf, es den großen Städten gleich zu tun und sich deutlich dazu zu positionieren.
 Mit der Erklärung Greifswalds als sicherer Hafen könne ein Symbol gesetzt werden.

Frau Socher

. weist darauf hin, dass Beifallsbekundungen in der Sitzung der Bürgerschaft nicht erlaubt seien.

Frau Livson

. bittet die Mitglieder der Bürgerschaft ebenfalls darum, ein Zeichen zu setzen und Greifswald zu einem sicheren Hafen zu machen.
 . berichtet anhand von privaten Ereignissen, wie wichtig die Rettung von Menschenleben sei.

TOP 5.

Rechenschaftsbericht des Frauenbeirates

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Terodde

. stellt den Rechenschaftsbericht des Frauenbeirates vor.
 . informiert, dass bereits Unterlagen inkl. des Finanzberichtes des Frauenbeirates im Vorab von der Kanzlei der Bürgerschaft verschickt worden seien.
 . berichtet über folgende Themen:

- **Sitzungen des Frauenbeirates**

Die Sitzungen fänden an jedem 2. Dienstag im Monat in der Regel im Senatssaal statt und seien öffentlich.

- **Derzeitige regelmäßige Tätigkeiten des Frauenbeirates**
 - o Besuche bei den Fachausschüssen der Bürgerschaft
Diese würden in der letzten Zeit etwas schleppend laufen, da es eine hohe Fluktuation gegeben habe. Eine Nachwahl von Mitgliedern werde erst zur nächsten Kommunalwahl erfolgen.
 - o Politische Veranstaltungen
Eine Vielzahl von politischen Veranstaltungen seien vom Frauenbeirat durchgeführt worden, weil die Mitglieder gern mit Frauen und Männer über die Politik in der Stadt und in diesem Land diskutieren wollen. Zu jeder Wahl sei eine Podiumsdiskussion zu Frauenpolitischen Schwerpunkten durchgeführt worden. Diese Veranstaltungen seien gut angenommen worden.
 - o Gesprächsrunden mit syrischen und deutsche Frauen
In Zusammenarbeit mit der MOLE seien Gesprächsrunden mit syrischen und deutschen Frauen durchgeführt worden. Es seien sehr interessante Gespräche entstanden.
Am 28.10.2018 werde eine Veranstaltung „Ich mache mich selbstständig – Wegweiser für Frauen“ zusammen mit der Agentur für Arbeit, dem Finanzamt, dem Jobcenter und erfolgreichen Gründerinnen, sowie der MOLE stattfinden.
- **Wichtige Themen aus der letzten Zeit**
 - o Kinderbetreuung in Greifswald
Der Frauenbeirat habe an beiden Kita-Gipfeln teilgenommen. Diese Problematik werde auch in Zukunft vom Frauenbeirat begleitet.
 - o Finanzierung des Frauenhauses
Hierbei habe es eine intensive Zusammenarbeit mit den Frauen aus dem Frauenhaus gegeben. Aufgrund der aufschlussreichen Gespräche habe der Frauenbeirat Stellungnahmen an den jetzigen Landrat, den Sozialdezernenten, die Mitglieder des Kreistages und die Mitglieder der Bürgerschaft verschickt. Der Frauenbeirat sei der Bürgerschaft für den Beschluss sehr dankbar.
- **Grenzen der Mitwirkung des Frauenbeirates**
Ideen des Frauenbeirates seien in den Antrag zum Frauenhaus eingeflossen, da der Frauenbeirat eigene Anträge nicht stellen könne und auch die Miteinbringung einer Vorlage für den Frauenbeirat nicht möglich sei. Außerdem habe es kein Rederecht zu diesem TOP gegeben.
- **Finanzen des Frauenbeirates**
Die Aufstellung sei den Mitglieder der Bürgerschaft zugegangen. Die Finanzen würden von der Gleichstellungsbeauftragten der Stadtverwaltung verwaltet werden.

Alle Veranstaltungen des Frauenbeirates würden in Absprache und Kooperation mit der Gleichstellungsbeauftragten der Stadtverwaltung ablaufen.

. weist auf eine Veranstaltung am 14.11.2018 hin:

Am 12.11.2018 jähre sich zum 100. Mal die Einführung des Frauenwahlrechts. Dazu gebe es die Veranstaltung: „100 Jahre Frauenwahlrecht - und jetzt?“.

Frau Prof. Corinna Kröber, Politikwissenschaftlerin in der Universität Greifswald, werde sich mit der Frage befassen, ob eine neue Gleichstellungsdebatte benötigt werde.

. äußert einen Wunsch des Frauenbeirates an die Mitglieder der Bürgerschaft:

Der Frauenbeirat wünsche sich, bei Themen von frauenpolitischer Relevanz eine Routine beispielsweise in Form einer Anhörung des Frauenbeirates.

TOP 6. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Oberbürgermeister

. informiert über die Beschlüsse des Hauptausschusses vom 01.10.2018.

(Die Beschusslisten werden als Anlage dem Protokoll beigelegt.)

. informiert über folgende Themen:

- Theater Vorpommern

Anfang dieses Jahres sei die Theaterfusion abgesagt worden.

Der Druck sei immer größer geworden, da die Haustarifverträge zum 31.07.2018 auslaufen würden. Es habe intensive Bemühungen des Stralsunder Oberbürgermeisters, Herrn Dr.-Ing. Badrow, und des Greifswalder Oberbürgermeisters, Herrn Dr. Fassbinder gegeben.

Eine große Bedeutung in dieser Phase hätte die Petition gehabt, die mit mehreren tausend Unterschriften eine Menge bewegt habe. Auch der Beschluss der Greifswalder Bürgerschaft mehr Geld in das Theater zu investieren, sei eine wichtige Voraussetzung für die Verhandlungen mit der Landesregierung gewesen. Das Ergebnis dieser Bemühungen sei ein Gespräch mit Frau Ministerpräsidentin Schwesig am 12.06.2018 und die Einigung auf den Theaterpakt gewesen. Die zwei wichtigsten Ziele seien die Erhaltung des Theater Vorpommerns und die Sicherung der Tariflöhne der Mitarbeiter. Am 04.07.2018 habe die letzte Verhandlungsrunde zwischen der Landesregierung, den Vertretern des Theaters Vorpommern sowie Frau Ministerin Hesse und Herrn Minister Brodkorb stattgefunden. Dort seien die finanziellen Rahmenbedingungen für das Theater bis 2028 festgelegt und die Grundlage für den erfolgreichen Abschluss der Haustarifverträge gelegt worden. Durch die Anhebung der Zuschüsse von Stadt und Land könnten alle Sparten des Theaters erhalten bleiben und die Beschäftigten wieder schrittweise an den Flächentarifvertrag herangeführt werden. Die Vertragspartner (Gewerkschaft und Arbeitgeberverbände) hätten sich am 18.09.2018 auf Eckpunkte geeinigt. Die Haustarifverträge sollten vom 01.08.2018 bis zum 21.07.2024 gelten. Einzelheiten zu den Tarifverträgen dürften noch nicht bekannt gegeben werden, da die Verträge noch nicht unterzeichnet worden seien.

- Einführung des RECUP-Pfandsystems Die Einführung des RECUP-Pfandsystems am 04.10.2018 sei ein großer Erfolg gewesen. Man habe mit 20 Teilnehmer starten können. Dies sei nicht gewöhnlich.

Inzwischen würden die Stadtverwaltung Anfragen aus Heringsdorf, Güstrow oder Neubrandenburg erreichen, die das Modell übernehmen wollen. Neben dem Ressourcenschutz sei die Müllvermeidung ein Kernanliegen dieses Verfahrens.

- Internationale Beziehungen Mit der Stadt Wyborg sei am 14.09.2018 eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet worden.

Frau von Busse

. macht Mitteilungen zu folgenden Themen:

- Beginn der Fortschreibung des Lärmaktionsplans

In der letzten Woche habe die erste Öffentlichkeitsveranstaltung dazu stattgefunden. Nun stünden weitere Öffentlichkeitsbeteiligungen an. Das Ergebnis werde dann in den Gremien entsprechend beraten.

- Beteiligung am Lärmaktionsplan

Frau von Busse ruft zur Beteiligung am Lärmaktionsplan auf.

- Planung zum Masterplan Ortsteile an der Dänischen Wiek. Verwaltungintern habe diesbezüglich die erste Abstimmung stattgefunden. Im Masterplan werde die Südmole eine ganz besondere Rolle einnehmen. Dazu werde es am

26.10.2018 mit den entsprechenden Segelvereinen eine separate Beteiligungsrunde unabhängig von den anderen Ortsteilen geben, um deren Belange noch einmal konkret zu erfragen.

. geht davon aus, dass für 2019 diesbezüglich die nächste Öffentlichkeitsveranstaltung geplant werde.

TOP 7. Mitteilungen der Präsidentin unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern

Die Präsidentin der Bürgerschaft informiert über

- den Sitzungskalender 2019
Am 19.10.2018 hätten sich die Fraktionen geeinigt, wie der Sitzungskalender für das nächste Jahr aussehen solle. Dieser werde demnächst veröffentlicht.
- die Einteilung der Wahlbereiche
Der Kreistag habe in seiner letzten Sitzung beschlossen, dass in Greifswald – im Vergleich zur vergangenen Wahl – nicht zwei sondern drei Wahlbereiche sein werden. Nun müsse sich die Bürgerschaft entscheiden, ob es für die Kommunalwahl drei oder sechs Wahlbereiche geben solle. Derzeit werde dies noch in den Fraktionen diskutiert. Der Beschluss werde im Dezember durch die Bürgerschaft gefasst.
- den nichtöffentlichen Beschluss der letzten Sitzung der Bürgerschaft am 13.09.2018
Die Bürgerschaft habe die Änderung des Anhandgabevertrages zum B-Plan Nr. 55 – Hafenstraße am 13.09.2018 beschlossen.

TOP 8. Beschlusskontrolle

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr von Malottki

. geht auf den Beschluss B591-21/17 „Vorschläge zu einem Maßnahmeplan der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Vorbereitung einer Verordnung zur Ausweisung von Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern“ (06/1059.2) ein.

. fragt, wie der Beschluss durch die Verwaltung umgesetzt worden sei oder wie die Verwaltung den Handlungsauftrag der Bürgerschaft betrachte.

Frau von Busse

. sagt, dass durch die AG „Bezahlbarer Wohnraum“ verschiedene Vorschläge erarbeitet worden seien. Diese Vorschläge seien dem Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung gestellt worden und dieses habe sie in den weiteren Werdegang der Entwicklung der Mietpreisbremsenverordnung einfließen lassen.

Herr Rodatos

. weist darauf hin, dass der Beschluss so gefasst worden sei, dass es sich hierbei auch um Maßnahmen handele, die die Stadt verfolgen solle. Auch die Kommune vor Ort habe Verantwortung dafür zu tragen, den Wohnungsmarkt zu entspannen. Daher seien Maßnahmen im Beschluss gefasst worden, die auch durch die Stadtverwaltung umgesetzt werden müssten.

Hierzu werde eine schriftliche Beantwortung durch die Verwaltung erfolgen.

Frau Socher

. bittet bei zusätzlichen Fragen zur Beschlusskontrolle, diese im Vorab schriftlich einzureichen, damit die Verwaltung sich darauf vorbereiten könne.

TOP 9. Haushalt 2019/20

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Oberbürgermeister

. stellt anhand einer Präsentation den Haushaltsentwurf vor.

(Die PowerPoint-Präsentation wird als Anlage dem Protokoll beigefügt.)

. sagt, dass die Mitglieder der Bürgerschaft eine ausführliche Begründung für jede einzelne „neue“ Stelle zugesandt bekämen.

Außerdem seien viele Einsparungen vorgenommen worden. Von den Einsparungen seien u. a. folgende Projekte betroffen, die auf Beschlüssen der Bürgerschaft beruhen würden:

- OTV-Budget

Bisher setze sich das OTV-Budget aus dem Sockelbeitrag + 0,50 EUR/Einwohner zusammen. Zukünftig werde dies reduziert auf den Sockelbeitrag + 0,40 EUR/Einwohner. Dies entspreche auch den Werten, die in 2017/18 ausgegeben worden seien.

Der Tag der Entscheidung solle um mindestens zwei Jahre verschoben werden.

- Werterhaltung

Auch hier seien die finanziellen Mittel reduziert worden – nicht in erster Linie um zu sparen, sondern auch weil es Probleme gebe, den ganzen Arbeitsaufwand zu bewältigen. Es bereite Schwierigkeiten Firmen zu finden und unbesetzte Ingenieurstellen bei der Stadtverwaltung zu besetzen.

Das Ziel sei es, die Vorhaben in den Planungen soweit voranzutreiben, dass, wenn die Fördermittel angekommen seien, der Antrag sofort gestellt werden könne.

Herr Burmeister nimmt während des TOPs an der Sitzung teil.

TOP 10. Beratung der Beschlussvorlagen

TOP 10.1. Besetzungen

TOP 10.1.1. Umbesetzung Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend

06/1604 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
 B770-30/18 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft beschließt:

Herr Björn Verwendel scheidet als Stellvertreter im Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend aus. Für ihn wird Herr Robert Bartelt, wohnhaft in Greifswald, als Stellvertreter in den Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend berufen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

TOP 10.1.2. Umbesetzung Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft

06/1605 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
 B771-30/18 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft beschließt:

Herr **André Hollandt** scheidet als Stellvertreter im Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft aus. Für ihn wird Herr **Robert Bartelt**, wohnhaft in Greifswald, als Stellvertreter in den Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft berufen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

TOP 10.1.3. Umbesetzung AG „Bezahlbarer Wohnraum“

06/1606 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
 B772-30/18 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft beschließt:

Herr **Martin Grimm** wird als sachkundiger Einwohner in der AG „Bezahlbarer Wohnraum“ abberufen. Für ihn wird Herr **Robert Bartelt**, wohnhaft in Greifswald, in die AG „Bezahlbarer Wohnraum“ berufen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

TOP 10.1.4 Umbesetzung des Ausschusses für Sport, Soziales und Jugend

06/1615 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
 B773-30/18 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft wählt Burghardt Siperko als Mitglied für die Fraktion Bürgerliste Greifswald - FDP in den Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend und ersetzt damit das bisherige Mitglied Torsten Lange.

Die Bürgerschaft wählt Stephan Gielow als stellvertretendes Mitglied für die Fraktion Bürgerliste Greifswald - FDP in den Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend und ersetzt damit das bisherige stellvertretende Mitglied Burghardt Siperko.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 10.1.5 Besetzung OTV Schönwalde I/Südstadt

06/1631 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
 B774-30/18 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Herr Dr. Berndt Frisch wird Mitglied in der OTV Schönwalde I/Südstadt.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Der TOP 10.18. wird vorgezogen. (Seite 29)

TOP 10.2. Lebensqualität und Sauberkeit in den Quartieren – das Stadtbild pflegen II („Saubere Stadt“ II)

06/1549.1
 B776-30/18 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Dr. Wölk

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Liedtke

. sagt, dass zur Lebensqualität ebenso die Sicherheit zähle.

Die CDU-Fraktion sei der Ansicht, dass mit dieser Beschlussvorlage zu voreilig gehandelt werde.

. findet, dass man einen anderen Weg wählen sollte. Die AG „Kleingärten“, die „AG „Saubere Stadt“, die AG „Öffentlichkeit“ und Klarschiff sollten gemeinsam ein Programm entwickeln, wie diese Stadt noch besser gestaltet werden könne.

Frau Heinrich

. plädiert dafür, die Ortsteilvertretungen einzubeziehen – auch wenn es für diese harte Arbeit sei.

Der Oberbürgermeister

. spricht sich dagegen aus, dass die Stadt verschmutzt sei. An einzelnen Stellen gebe es immer wieder Probleme, aber an sich sei Greifswald relativ sauber – im Vergleich zu anderen Städten.

. geht auf die Arbeit der AG ein.

Es seien bereits an den kritischen Punkten große Mülleimer aufgestellt worden. Das habe zu einer deutlichen Verbesserung geführt.

Auch eine Kampagne „Greifswald bleibt sauber“ sei bereits in Form der Aktion „Greifswald räumt auf“ umgesetzt worden.

Die AG habe getagt, einen Abschlussbericht vorgelegt und einen Maßnahmenkatalog aufgestellt.

Die Verwaltung setze die Forderungen des Maßnahmenkatalogs nach und nach um.

Herr von Malotki

. merkt an, dass der Maßnahmenplan nicht durch die Bürgerschaft beschlossen worden sei, sondern nur als Informationsvorlage in die Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung eingereicht worden sei.

. hält die darin enthaltenen Maßnahmen für sehr konkret.

Herr Dr. Bittner

. berichtet aus der AG „Saubere Stadt“, in der über alle aufgeführten Punkte bereits diskutiert worden sei. Während dieser Zeit seien bereits Maßnahmen umgesetzt worden.

. hält den Beschluss für unnötig.

. findet die Situation bedauerlich, da die AG nicht untätig gewesen sei. Es erwecke den Eindruck, dass diese Arbeit umsonst gemacht worden sei.

Herr Spring

. möchte wissen, ob bereits in der Stadtmarketing GmbH über den Vorschlag gesprochen worden sei.

Vertreter der Greifswald Marketing GmbH seien bei den Beratungen anwesend gewesen.

Herr Multhauf

. stimmt dem Oberbürgermeister zu.

Wenn noch mehr Maßnahmen ergriffen werden sollen – als die, die sowieso bereits von der Stadtverwaltung umgesetzt werden – dann würden wahrscheinlich noch mehr Stellen benötigt werden. Daher müsse man selbst damit beginnen.

. berichtet, dass die Ortsteilvertretung Schönwalde I/Südstadt die Menschen aufgefordert habe, bei „Greifswald räumt auf“ mitzumachen.

. kritisiert die Verfahrensweise von Klarschiff, bei der mind. 15 Menschen ein Projekt unterstützen müssen, damit es umgesetzt werde. Zum Glück setze die Stadtverwaltung dennoch viele Projekte um.

. stellt folgenden Änderungsantrag:

„Die Bürgerschaft empfiehlt die Ergebnisse der AG Saubere Stadt als eine Arbeitsgrundlage für die Stadtverwaltung.“

. sagt, dass, wenn dieser Antrag eine Mehrheit finde, die restlichen Punkte des Beschlussvorschlages entfallen würden.

Frau Dr. Wölk

. stellt klar, dass der Einbringer den Änderungsantrag nicht übernehme.
Seit über einem Jahr bestehe die Diskussion, dass der Müll nicht in die Müllbehälter passe und daher umher fliege.
Diese Diskussionen würden eindeutig zu viel Zeit in Anspruch nehmen. Es müsse nun endlich gehandelt werden.

Herr Hochschild

. sagt, dass die CDU-Fraktion die Beschlussvorlage ablehnen werde.
. kritisiert die Graffiti-Schmierereien in der Stadt.
. macht darauf aufmerksam, dass durch diese Beschlussvorlage festgelegt werde, dass die Kleingärten an die öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung des Landkreises angeschlossen werden (Punkt 9 der Informationsvorlage „Maßnahmenkatalog AG Saubere Stadt (Lebensqualität und Sauberkeit in den Quartieren – das Stadtbild pflegen („Saubere Stadt“))“ (06/1519)). Schon allein aus diesem Grund könne die CDU-Fraktion dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Frau Dr. Wölk

. beantragt die Einzelabstimmung der Punkte.

Herr Dr. Rose

. berichtet aus einer Statistik, dass je größer die Mülleimer seien, desto größer sei das Müllaufkommen. Die beste Lösung sei den Müll vollständig zu vermeiden.
Die Aussage von Herrn Hochschild zu Graffiti veranlasse ihn dazu, doch darüber nachzudenken, den Fanbetreuer des F.C. Hansa Rostock einzuladen.

Frau Socher lässt über den Änderungsantrag von Herrn Multhauf abstimmen:

„Die Bürgerschaft empfiehlt die Ergebnisse der AG Saubere Stadt als eine Arbeitsgrundlage für die Verwaltung.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
29	8	4

Frau Socher bittet um eine kurze Auszeit zur Beratung mit den Fraktionsvorsitzenden und juristischer Beratung bezüglich des Wegfalls von Punkt 2 aufgrund des Antrages von Herrn Multhauf.

P A U S E

19:53 Uhr – 19:58 Uhr

In der Beratung habe man sich darauf geeinigt, über Punkt 2 abzustimmen.

Frau Socher lässt über Punkt 2 der Beschlussvorlage abstimmen:

2. *„Die Bürgerschaft beschließt zusätzlich folgende Maßnahmen und beauftragt die Stadtverwaltung mit ihrer Umsetzung:*
 - *Die Anzahl der Müllabfallbehälter in der Stadt wird an Orten mit häufigem, besonders hohem Müllaufkommen im öffentlichen Raum erhöht bzw. durch größere Behälter mit einer Abdeckung zum Schutz gegen Vögel und andere Tiere ersetzt. Bei Sanierungsmaßnahmen ist auf eine angemessene Größe der neuen Müllbehälter und auf eine Abdeckung zum Schutz gegen Vögel und andere Tiere zu achten.*

- Auf öffentlichen Grünflächen werden zukünftig sog. „Hundetoiletten-Behälter“ aufgestellt, aus denen Hundehalter kostenlos kleine Plastiktütchen zur Entsorgung des Hundekots entnehmen können. Diese „Hundetoiletten-Behälter“ sollten zugleich einen entsprechenden Müllbehälter mit Deckel zur Entsorgung der benutzten Plastiktütchen enthalten.
- Die Stadtverwaltung wird schnell aktiv, um menschenverachtende oder zur Gewalt aufrufende Graffiti im Stadtbild zu beseitigen.
- In Zusammenarbeit mit der Stadtmarketing GmbH wird eine Kampagne „Saubere Stadt“ mit dem Titel „Greifswald bleibt sauber“ organisiert. Bestandteile der Kampagne sollen sein: Müll-Hot Spots zu identifizieren, Bürgerideen zur Müllvermeidung zu finden, für die Verwendung der „gelben Tonne“ zu werben, einen regelmäßigen Umweltag zu organisieren (mit „Greifswald räumt auf“, Appelle an Hundehalter den eigenen Hundekot zu entfernen).
- Die Verwaltung sollte aktiv auf Schulen und Kindertagesstätten zugehen und diese für eine Mitarbeit an der Kampagne „Greifswald bleibt sauber“ gewinnen. Zudem sollen die Ämter im Sinne von Umweltbildung an den Kitas und Schulen Informationen und Projekte zum Thema Sauberkeit in der Stadt unterstützen bzw. anregen. Dazu ist eine Zusammenarbeit mit der Universität, zivilgesellschaftlichen Vereinen in der Stadt sowie mit den Umweltverbänden zu prüfen.

Die Verwaltung wird gebeten, den für die Umsetzung der vorstehend beschriebenen Maßnahmen erforderlichen Finanzbedarf zu berechnen und diese Berechnung zur Beratung des Doppelhaushaltes 2019/20 vorzulegen. “

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Punkt 2	7	mehrheitlich	einige

Frau Socher lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	4	4

TOP 10.3. 3. Änderungssatzung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die kommunalen Kindertagesstätten der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1539.1
B777-30/18

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Wolter

. stellt den Änderungsantrag, §5 Abs. 4 der Satzung zu streichen.

Es stelle ein großes Problem für einige Eltern dar, zwei Wochen Urlaub am Stück zu nehmen bzw. für die Kinder eine Betreuung zu organisieren.

. findet, dass man den Eltern mehr Freiräume lassen sollte und ihnen selbst überlassen solle, wann sie ihren Urlaub nehmen.

Herr Lerm

. bittet die Mitglieder der Bürgerschaft, dem Änderungsantrag nicht zuzustimmen.

Es gehe bei diesem Absatz um das Kindeswohl. Es werde schon wahrgenommen, dass das Kind, welche die Kindertagesstätte täglich besuche, an irgendeinem Punkt ziemlich geschafft sei. Die meisten Kinder würden einen Ganztagsplatz in Anspruch nehmen, das bedeute, sie würden meistens die volle Zeit (bis zu 10 Stunden) ausnutzen, was für ein Kind harte Arbeit sei. Daher würden sie Erholungsurlaub benötigen.

Die pädagogischen Fachkräfte würden hierbei argumentativ irgendwann an ihre Grenzen stoßen. Mit der Satzung werde die Regelung nachweislich festgelegt, worauf sich die Mitarbeiterinnen dann berufen könnten.

In den letzten drei Jahren seien fast 100 pädagogische Fachkräfte als Elternbegleiter ausgebildet worden. Das bedeute, dass die Mitarbeiterinnen sehr wohl darauf spezialisiert seien, die Zusammenarbeit mit den Eltern zum Wohl des Kindes auszuführen. Wenn wirklich keine andere Möglichkeit bestehe und Probleme entstehen würden, werde man – abseits der Satzung – natürlich immer Lösungsansätze finden.

Herr Krüger

. hält gegen die Argumentation von Frau Wolter. Sollte tatsächlich der Fall eintreten, dass die Eltern im Sommer keinen Urlaub erhalten und die Kindertagesstätte schließe, könnten die Kinder für diesen Zeitraum in einer anderen Kindertagesstätte untergebracht werden.

Art. 31 UN-Kinderrechtskonventionen sage aus, dass die Kinder ein Recht auf Ruhe und Freizeit hätten. Nichts anderes setze hier der Eigenbetrieb um.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 stimme dem Änderungsantrag nicht zu.

Herr Hochschild

. sagt, dass die CDU-Fraktion der Verwaltungsvorlage unverändert zustimmen werde. Jeder Mensch habe Urlaub verdient. Zwei Wochen im Jahr könne jeder Urlaub machen und dieser stehe ihm auch zu.

. bittet Frau Wolter, den Änderungsantrag zurückzuziehen.

Herr Dr. Kerath

. erklärt, dass auch die SPD-Fraktion sich der Verwaltungsvorlage unverändert anschließe.

. findet es beschämend, dass diese Regelung in §5 Abs. 4 überhaupt getroffen werden müsse.

Frau Wolter

. geht davon aus, dass die Mehrzahl der Eltern diese Regelung einhalten würden. Jedoch gebe es einfach Eltern, die nicht dazu in der Lage seien, dies einzuhalten.

. vermutet, dass Herr Lerm eher ein Personalproblem habe.

Herr Lerm

. weist diese Vermutung deutlich zurück.

Es gebe zwar einen hohen Krankenstand, aber der Eigenbetrieb habe sich nie in der Lage befunden, dass es einen Bewerbermangel gebe. In den letzten drei Jahren seien über 70 Pädagogen neu eingestellt worden. Es könnten auch noch mehr Personen eingestellt werden, aber es werde dem Erfordernis der Bürgerschaft gefolgt, die Platzkosten so gering wie möglich zu halten. Daher liege man derzeit 10 bis 15 Prozent unter den Platzkosten, die eigentlich geltend gemacht werden könnten.

Frau Socher lässt über den Änderungsantrag von Frau Wolter abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	mehrheitlich	4

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die 3. Änderungssatzung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die kommunalen Kindertagesstätten der Universitäts- und Hansestadt Greifswald.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

TOP 10.4. Kommunale Förderung des Psychosozialen Zentrums für Asylsuchende und MigrantInnen mit der Außenstelle MOLE 2019-2020

06/1566.1
B778-30/18

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Dr. Rose

. beantragt Rederecht für den Kreisdiakonisches Werk Greifswald e.V. – in Person Frau Heinrich – wenn es denn um Fragen gehe, die nur von ihr beantwortet werden können.

Der Oberbürgermeister

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Frau Dr. Schwenke

. stimmt dem Oberbürgermeister zu, dass die Höhe der Summe ein bescheidener Beitrag für ein solches Projekt sei.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden eine sehr wichtige Arbeit für viele Flüchtlinge leisten. Die Hilfsbereitschaft vieler Ehrenamtlicher sei in Greifswald nach wie vor groß.

Die Fraktion DIE LINKE werde der Beschlussvorlage selbstverständlich zustimmen.

Frau Berger

. sagt, dass vor ziemlich genau drei Jahren die ersten Flüchtlinge in die Universitäts- und Hansestadt Greifswald gekommen seien. Ca. drei Monate später habe die MOLE eröffnet. Dieses Zentrum sei ein sicherer Hafen und eine Anlaufstelle für Migranten und Asylsuchende geworden.

. berichtet über die Aktivitäten und Projekte dieses Zentrums.

Diese Projekte könnten jedoch nicht nur mit ehrenamtlich tätigen Menschen funktionieren, sondern auch hauptamtliche Mitarbeiter würden benötigt.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 stimme der Vorlage sehr gern zu.

Herr Kruse

. fragt den Einbringer, ob die Beschlussvorlage vor dem Bekanntwerden der neuen Zahlen, die der Bund an Länder und Kommunen in 2019 für Unterkunft und Integrationsbemühungen zahle, erstellt worden sei.

Es seien nämlich ca. 2,8 Mrd. EUR, die zusätzlich auf Länder und Kommunen verteilt werden. Diese Zahlen müssten berücksichtigt werden. Dadurch würde sich ein ganz anderes Erfordernis für die Stadt ergeben.

Der Oberbürgermeister

. erklärt, dass die Stadt 60 TEUR pro Jahr für die Finanzierung flüchtlingsbedingter Mehraufwendungen vom Bund über das Land erhalten würde.

Die Ausgaben seien daher vollständig abgesichert.

Herr Kruse

. fragt ausdrücklich, weshalb der städtische Zuschuss erhöht werden solle, wenn doch mehr finanzielle Mittel vom Bund verteilt werden.

Frau Socher

. antwortet, dass immer ein kommunaler Zuschuss erforderlich sei.

Herr Hochschild

. stellt klar, dass die CDU-Fraktion diese Beschlussvorlage ablehnen werde.

Man müsse sorgfältig mit diesem Geld umgehen.

Damals sei der MOLE in der Sitzung der Bürgerschaft zugestimmt worden, weil die Flüchtlingskrise auf dem Höhepunkt gewesen sei. Die Zahlen des Flüchtlingszuwachses in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald würden jedoch sinken.

. findet, dass es an der Zeit sei, daran zu denken, dass der Haushalt für 2019/20 knapp werde und es viele Dinge gebe, die in dieser Stadt noch erledigt werden müssen (z. B. Spielplätze, Sportvereine...). Man müsse das Geld wieder etwas mehr wertschätzen.

. zählt eine Menge hauptamtlich Tätige für die Greifswalder Asylbewerber auf.

Nun sei es auch an der Zeit, dass solche Projekte, wie die MOLE, auf eigenen Füßen stehen.

Herr Multhauf

- . sagt, dass die Ortsteilvertretung Schönwalde I/Südstadt froh darüber sei, dass es die MOLE gebe und daher unterstütze sie die Einrichtung mit den Möglichkeiten, die sie habe.
- . erwähnt, dass sich auch die Schulen sehr für die Flüchtlinge engagieren würden.

Herr Krüger

- . findet, dass Integration wichtig sei. Wer gut integriert sei, komme in Deutschland an, fühle sich wohl und aufgenommen und sei eine Investition in die Zukunft des Landes. Daher sei es wichtig, das Geld in dieses Zentrum zu stecken.
- . sagt auf Herrn Kruses Redebeitrag bezogen, dass der städtische Zuschuss sozusagen die Kofinanzierung für dieses Programm sei.

Herr Madjarov

- . ist der Ansicht, dass man die Integration aus Prinzip unterstützen sollte, jedoch auch aus ökonomischen Gründen. An dieser Unterstützung würden Arbeitsplätze hängen. Außerdem würden viele Flüchtlinge, die in die Universitäts- und Hansestadt Greifswald gekommen seien, auch hier bleiben. Viele Ausbildungsbetriebe würden sich darüber freuen, dass motivierte Menschen kämen und bei ihnen anfangen würden. Für diese Menschen werde Integration benötigt.

Herr Dr. Kerath

- . stellt klar, dass diese Beschlussvorlage den städtischen Haushalt in keiner Weise belasten werde. Der Oberbürgermeister habe eindeutig erklärt, dass das Geld vom Bund zur Verfügung gestellt werde und das Geld auch nur dafür verwendet werden könne. Aus diesen 60 TEUR, die die Stadt erhalte, würden 22 TEUR als Kofinanzierung verwendet.

Herr Hochschild

- . sagt, dass die 700 TEUR, die mit diesem Beschluss ausgegeben werden, am Ende Gelder seien, die jeder Steuerzahler bei der EU einzahle. Daher sollte man darüber nachdenken, wie man es einsetze. Der Steuerzahler habe es erwirtschaftet.

Herr von Malottki

- . legt den Fokus wieder auf den Inhalt der Beschlussvorlage. Diese Aufgabe könne von den durch Herrn Hochschild genannten Institutionen nicht geleistet werden, sondern dafür werde ein Spezialist benötigt.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft beschließt die Unterstützung des Psychosozialen Zentrums (PSZ) für Asylsuchende und MigrantInnen mit der Außenstelle Begegnungszentrum MOLE mit einem städtischen Zuschusses i. H. v. 22.000,00 Euro für den Zeitraum 01.01.2019 - 30.06.2020 als Kofinanzierung für das Folgeprojekt Human Places IV (EU-Fonds AMIF).“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	12	3

Herr Burmeister befand sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 10.5. Zukünftige Ausgestaltung der Stelle des / der Kinderbeauftragten

06/1565 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B779-30/18

Frau Dr. Schwenke

- . gibt einen kurzen Rückblick zur Entstehung der Beschlussvorlage.
- . geht auf die finanziellen Aufwendungen ein.

Die inhaltliche und fachliche Ausrichtung, die mit dem Beschluss der Bürgerschaft vom 02.07.2018 festgeschrieben worden sei, bleibe bestehen.
Die Fraktion DIE LINKE stimme der Beschlussvorlage zu.

Herr Burmeister

. fragt, ob der Punkt 4 nicht bereits einen Vorgriff auf den Haushalt darstelle. Die Verwaltung könne dies lediglich in den Haushaltsentwurf einpflegen und die Bürgerschaft müsse diesem zustimmen.

Frau Socher

. geht davon aus, dass diese Mittel im Haushalt 2019 eingestellt seien.

Der Oberbürgermeister

. erklärt, dass der jetzige Haushalt aufgestellt und vorgelegt worden sei. Damit sei er „geschlossen“. Das bedeute, dass alles, was ab sofort beschlossen werde, eine Erweiterung oder Änderung des Haushaltes sei. In den nächsten Wochen werde es Änderungslisten geben, die beispielsweise aus solchen Beschlüssen bestehen. Wenn die Änderungen alle zusammengetragen worden seien und der Haushalt möglicherweise am 17.12.2018 verabschiedet werde, werde der Haushalt dahingehend überarbeitet und nach Schwerin geschickt.

Auf die Beschlussvorlage bezogen, bedeute das bei der Beschlussfassung, dass, 1,5 TEUR dazu kommen würden.

Herr Mundt

. weist darauf hin, dass die Beschlussvorlage vom 29.08.2018 sei. Der Haushalt sei erst vor kurzem vorgestellt worden.

. versteht daher nicht, weshalb die 1,5 TEUR nicht in den Haushalt eingepflegt worden seien. Es handele sich hierbei um eine Vorlage von der Verwaltung.

. könne nicht nachvollziehen, wieso es sich hierbei wieder um eine politische Entscheidung handeln müsse.

Frau Dr. Schwenke

. ist der Meinung, dass Frau Gömer das Geld bereits bei der Haushaltsplanung berücksichtigt habe.

Herr Maas

. sagt, dass es sich hierbei um geringste Ansätze handele und sich dadurch die Nachvollziehung etwas schwierig gestalte. Die Haushaltsansätze für die Reisekosten von 2018 zu 2019 hätten sich um 600 EUR erhöht.

. geht davon aus, dass die in der Beschlussvorlage aufgeführten 500 EUR bereits darin enthalten seien.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft beschließt, im Zuge der Umsetzung des BS B738-28/18:

1. Die Aufgabe des / der Kinderbeauftragten wird weiterhin ehrenamtlich wahrgenommen.
2. Die Aufwandsentschädigung bleibt beim bisherigen, in der Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald §17(7) festgeschriebenen Ansatz von 150 € monatlich.
3. Der Stelle des / der Kinderbeauftragten jährlich 2000 € für die Umsetzung ihrer Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Die Bereitstellung der Mittel erfolgt über das Budget des Beauftragtenbüros.
4. Für das Jahr 2019 zusätzliche Mittel für eine IT-Ausstattung in Höhe von 1500 € zu gewähren.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	1	1

Frau Dr. Wölk befand sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 10.6. Festlegung der Anzahl der Mitglieder des Wahlausschusses aus Anlass der Bürgerschaftswahl 2019

06/1540

B780-30/18 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Gemäß § 10 Abs. 1 Satz 3 des Landes- und Kommunalwahlgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (LKWG M-V) beschließt die Bürgerschaft, dass der Wahlausschuss neben der Wahlleiterin als Vorsitzende aus weiteren sechs Mitgliedern nebst Stellvertretung bestehen soll.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Frau Dr. Wölk, Frau Görs und Herr Bleckmann befanden sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 10.7. Durchführung von Personalmaßnahmen im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung 2019/2020

06/1538.1

B781-30/18 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Demuth

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Dr. Steffens

. sagt, dass die CDU-Fraktion die Beschlussvorlage ablehnen werde, da sie der Auffassung sei, dass diese Thematik in die Haushaltsdiskussion gehöre. Die Fraktion wolle zunächst wissen, wie der Haushalt endgültig aussehe und dass er finanzierbar sei.

. hält diese Beschlussvorlage für einen Haushaltsvorgriff.

Der Oberbürgermeister

. stellt klar, dass diese Stellen in den in der Haushaltsvorstellung genannten 13 neuen Stellen enthalten seien.

Herr Dr. Kerath

. informiert, dass die SPD-Fraktion dieser Beschlussvorlage zustimmen werde. Diese Maßnahmen seien absolut notwendig.

Die Schaffung der Stellen für die Bearbeitung des Jahresabschlusses sei ein deutliches Zeichen für das Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern.

Wenn diese Stellen nicht geschaffen werden, würden wichtige Aufgaben liegen bleiben.

Herr Multhauf

. vertritt die Meinung, dass zusätzliche Stellen nur geschaffen werden können, wenn das nicht durch andere Möglichkeiten schaffbar sei („unabweisbarer Bedarf“).

. ist sich hier nicht so sicher, ob dies zutreffe.

. beantragt, über die in der Sachdarstellung aufgeführte zusätzliche, unbefristete Stelle für die Betreuung des Z4LP (Zentrum für Life Science und Plasmatechnologie) einzeln abzustimmen.

. bittet darum, die Präsentation vom Oberbürgermeister zum Haushalt den Mitglieder der Bürgerschaft zur Verfügung zu stellen.

Frau Socher

. fasst zusammen, dass sich der Antrag von Herrn Multhauf auf die Stelle „SB Bau/-unterhaltung“ beziehe.

Frau von Busse

. erklärt, dass das Zentrum für Life Science und Plasmatechnologie erst einmal gebaut werden müsse. Dafür werde ein Sachbearbeiter Bau/-unterhaltung benötigt.

Herr Madjarov

. sagt, dass es Herrn Multhauf darum gehe, dass es nicht einen Änderungsantrag und eine GesamtAbstimmung, sondern zwei Abstimmungen gebe:

1. Abstimmung: Schaffung neuer Stellen ohne „SB Bau/-unterhaltung“ und
2. Abstimmung: Schaffung neuer Stellung nur „SB Bau/-unterhaltung“.

Frau Socher lässt darüber abstimmen, ob die Stelle „SB Bau/-unterhaltung“ gestrichen werden soll:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	2	mehrheitlich	einige

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„ Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung 2019/2020 gemäß § 49 KV M-V die Umsetzung folgender Personalmaßnahmen:

1. Schaffung neuer Stellen

⇒ SB Koordinierung Jahresabschluss

Befristung alt (2017/2018) bis 30.06.18, neue Stelle befristet bis (2019/2020) bis 31.12.20

⇒ SB Bau/-unterhaltung

⇒ SB Prüfung von Vorhaben

2. Aufhebung der Befristung

⇒ SB Verkehrsplanung

⇒ SB Anlagenbuchhaltung

3. Verlängerung von Befristungen

⇒ Zwei Stellen SB Abrechnung Stadtsanierungsmaßnahmen

Befristung alt (2017/2018) bis 31.12.19 neu (2019/2020) bis 31.12.23“

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	25	14	2

TOP 10.8. Prüfbericht und Prüfvermerk zum Jahresabschluss 2013 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1431.1
B782-30/18

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Bleckmann

. bringt die Beschlussvorlage und die Beschlussvorlage zu TOP 10.9 ein.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

1. „ Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald nimmt den Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2013 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald des Rechnungsprüfungsamtes zur Kenntnis und macht sich diesen zu eigen.
2. Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, die Beanstandungen aus der Prüfung des Jahresabschlusses 2013 zeitnah auszuräumen.“

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	0	1

TOP 10.9. Feststellung des Jahresabschlusses 2013 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und Entlastungserteilung des Oberbürgermeisters

06/1580

B783-30/18 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„ Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Gemäß § 60 Abs. 5 Satz 1 KV M-V den geprüften Jahresabschluss der Stadt für das Haushaltsjahr 2013 festzustellen.
2. Gemäß § 60 Abs. 5 Satz 2 KV M-V dem Oberbürgermeister die Entlastung für das Haushaltsjahr 2013 zu erteilen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

TOP 10.10. Neufassung der Satzung zur Förderung des Sports in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1520.3

B784-30/18 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Oberbürgermeister

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Hochschild

. bringt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP ein.

Herr Krüger

. bringt den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 ein. Für die Vereinssportlehrerstellen sei derzeit eine max. Förderung durch den Landessportbund von 18 TEUR möglich. Der Landtag stelle dem Landessportbund diese Mittel zur Verfügung.

. appelliert an die Landtagsabgeordneten, dafür zu sorgen, dass auch diese finanziellen Mittel erhöht werden.

Frau Dr. Schwenke

. hält fest, dass die CDU-Fraktion die Punkte in ihrem Änderungsantrag aufgegriffen habe, die vorher bereits im Ausschuss diskutiert worden seien.

Das Ziel sei gewesen, bestmögliche Bedingungen für Sportlerinnen und Sportlersowie deren Vereine in Greifswald zu schaffen. Diesem Ziel sei man ein Stück näher gekommen.

Dem Änderungsvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 könne sich die Fraktion DIE LINKE sehr gut anschließen.

Frau Felkl

. sagt, dass ein Unterschied des Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Verwaltungsvorlage die Personengruppen unter 1. betreffe.

. sieht beim Vorschlag der CDU-Fraktion ein kleines Problem, da dadurch keine Altersgrenze mehr gesetzt sei. Außerdem würden sich die Statistiken, auf die sich bezogen werde, mit denen die Sportvereine arbeiten und auf deren Grundlage die Sportvereine eine Finanzierung von Landesmitteln über den Kreisportbund erhalten würden, ausschließlich auf Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre beziehen.

Es gebe keine eindeutige Definition von Studenten und dadurch gestalte es sich schwierig eine Statistik zu ermitteln. Demnach könnten auch die Kosten nicht kalkuliert werden. Es müsste von jedem Verein eine einzelne und namentliche Statistik mit beigefügter Studienbescheinigung bzw. unter Vorzeigen des Studentenausweises abgefordert werden, um eine Statistik zu ermitteln.

Ähnlich sei es bei Auszubildenden. Diese seien möglicherweise sogar doppelt aufgeführt – als 16 bis 18-Jähriger und als Auszubildender.

. bittet daher, zumindest eine Altersgrenze festzulegen.

Eine Empfehlung des Rechtsamtes sei gewesen, den Punkt bezüglich der Zurverfügungstellung zweier Räume für die Geschäftstätigkeit des Sportbundes herauszunehmen.

Auch Herr Glaser habe eingeräumt, dass es nicht gewiss sei, ob es sich hierbei um einen rechtswidrigen Passus handele. Man könne es in der Satzung belassen – allerdings gehe die Empfehlung immer dahin, Satzungen so allgemein wie möglich zu halten.

. geht auf die finanziellen Auswirkungen ein. Die Verwaltung weigere sich nicht, den Vereinen, die Kinder- und Jugendarbeit machen, mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Sondern die Verwaltung wolle vielmehr der Bürgerschaft die Entscheidung überlassen, inwiefern sie die Vereine fördern wolle. Es handele sich hierbei um eine freiwillige Aufgabe.

Der letzte Unterschied sei bei den Investitionen zu finden. Der Vorschlag der CDU-Fraktion sei gewissermaßen eine Zusammenfassung des Verwaltungsvorschlages.

Herr Hochschild

. sagt, dass die Vereine bestätigt hätten, dass sie die Zahlen zu den Auszubildenden und Studenten genau liefern könnten.

Der Änderungsantrag werde aufrechterhalten.

Herr Dr. Kerath

. informiert, dass die SPD-Fraktion den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 unterstütze.

. beantragt, den Änderungsantrag der CDU-Fraktion um die Altersgrenze „bis einschließlich 25 Jahre“ zu ergänzen.

Ansonsten werde die SPD-Fraktion dem Änderungsantrag zustimmen.

Herr Dr. Rose

. bittet, im Änderungsantrag der CDU-Fraktion das Wort „Studenten“ in „Studierende“ umzuwandeln.

Herr Dr. Bittner hat während des TOPs den Sitzungssaal verlassen.

Frau Socher lässt über den Änderungsantrag von Herrn Dr. Kerath abstimmen:

Ergebnis:	Ja-Stimmen mehrheitlich	Nein-Stimmen 1	Enthaltungen 0
-----------	----------------------------	-------------------	-------------------

Frau Socher lässt über die Punkte des Änderungsantrages der CDU-Fraktion einzeln abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt folgende Änderungen zur „Satzung zur Förderung des Sports in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“:

- 1)** *Im Punkt 6.1 „Bewirtschaftungskostenzuschüsse für langfristig vermietete oder verpachtete Sportanlagen“ werden folgende Änderungen (rot markiert) vorgenommen*

- (1) *Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald kann den Sportvereinen, die eigenverantwortlich kommunale Sportstätten betreiben, die Miet- und Pachtgebühren bzw. Erbbauzinsen anteilig erstatten. Die Rückerstattung der Miet-, Pacht- oder Erbbauzinsen wird wie folgt gewährt:*

- bis zu 100% wenn mindestens 25 % der Mitglieder **Kinder, Jugendliche, Studierende und Auszubildende** sind und diese regelmäßig sportlich betreut werden oder der Verein mindestens 150 Mitglieder nachweist und kommunale Interessen vertritt (z. B. Angebote für unterschiedliche Zielgruppen vorhält oder Kooperationen mit Schulen und Kindertageseinrichtungen bestehen),
- bis zu 80% wenn **Kinder, Jugendliche, Studierende und Auszubildende** Mitglieder des Vereins sind oder der Verein mindestens 50 Mitglieder hat und kommunale Interessen vertritt,
- bis zu 50 % wenn der Verein an sportlichen Wettkämpfen teilnimmt.

(3) Sportvereinen, die für ihre Geschäftstätigkeit kommunale Räumlichkeiten angemietet haben, kann anteilig die Kaltmiete erstattet werden. Die Erstattung erfolgt auf Grundlage der tatsächlichen Kosten je Kalenderjahr:

- bis zu 75 % wenn der Verein über 1.500 Mitglieder gesamt und mindestens 25 % **Kinder, Jugendliche, Studierende und Auszubildende** bzw. altersunabhängig behinderte Sportler hat,
- bis zu 55% wenn der Verein über 1.000 Mitglieder gesamt und mindestens 25 % **Kinder, Jugendliche, Studierende und Auszubildende** bzw. altersunabhängig behinderte Sportler hat,
- bis zu 35 % wenn der Verein über 150 Mitglieder gesamt oder mindestens 10% **Kinder, Jugendliche, Studierende und Auszubildende** bzw. altersunabhängig behinderte Sportler hat.

2) Die Streichung der Verwaltung in Punkt 5 wird widersprochen, der Punkt 5 lautet nach wie vor:

(5) Dem Sportbund Hansestadt Greifswald e.V. werden zur Ausübung seiner Geschäftstätigkeit zwei Räume im Volksstadion der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, K.-Liebknechtring 2, mietzinsfrei überlassen.

3) Im Punkt „6.3 Investitionskostenzuschüsse für Baumaßnahmen“ werden die Punkte 7 und Punkt 8 der Verwaltungsvorlage gestrichen und ersetzt durch den neuen Punkt 7:

(7) Die maximale Finanzierung durch die Universitäts- und Hansestadt Greifswald beträgt in der Regel 50% des Eigenanteils der Vereine. In begründeten Einzelfällen kann in Abstimmung mit den in Abs. (5) benannten Beteiligten eine Anteilsfinanzierung des Eigenanteils bis zu 90% gewährt werden.

Der Punkt (9) der Verwaltungsvorlage wird der neue Punkt (8)

4) Im Punkt 6.5 Bezuschussungen des Segelsports wird der Punkt 3 in folgender Fassung neu gefasst:

C. Der jährliche Zuschuss beträgt 50% der tatsächlichen Liegegebühren, wenn der Verein eine kontinuierliche Kinder- und Jugendarbeit nachweist. Übrige Zuschüsse sind davon unberührt“

Punkt 1

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

Punkt 2

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

Punkt 3

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

Punkt 4

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	5	0

Frau Socher lässt über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die anliegende Neufassung der „Satzung zur Förderung des Sports in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ und beauftragt den Oberbürgermeister die Satzung in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Fachausschuss jährlich auf Praxistauglichkeit, Umsetzbarkeit und Aktualität zu prüfen.“

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	1	2

Herr Dr. Bittner nimmt wieder an der Sitzung teil.

Frau Socher lässt über den Änderungsantrag von Herrn Dr. Rose abstimmen:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	einige	einige

Frau Socher lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die anliegende Neufassung der „Satzung zur Förderung des Sports in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ und beauftragt den Oberbürgermeister, die Satzung in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Fachausschuss jährlich auf Praxistauglichkeit, Umsetzbarkeit und Aktualität zu prüfen.“

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

Der TOP 10.16. wird vorgezogen. (Seite 25)

TOP 10.11. Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen für das Produkt 36100 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege – Anteil der Wohnsitzgemeinde an den Platzkosten

06/1560
B786-30/18

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die überplanmäßige Ausgabe in Höhe von insgesamt **654.000,00 €** für den Anteil der Wohnsitzgemeinde an der Finanzierung der Platzkosten der Kindertagesbetreuung.“*

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

Frau Dr. Schwenke, Herr Kruse und Herr Hochschild haben die Sitzung der Bürgerschaft vor der Abstimmung verlassen.

TOP 10.12. 19. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

06/1559 (Bereich des Bebauungsplans Nr. 13 – Am Elisenpark –)
B787-30/18

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es erklärt sich kein Mitglied der Bürgerschaft vom Mitwirkungsverbot gemäß § 24 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung KV M-V) betroffen.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zur 19. Änderung des Flächennutzungsplans wie folgt:

1. Für das Gebiet südöstlich des Einkaufszentrums „Elisenpark“ beidseits entlang der Straße Am Elisenpark (Abgrenzung gemäß Plan der Anlage 1) soll der Flächennutzungsplan der Universitäts- und Hansestadt Greifswald geändert werden. Die 19. Änderung des Flächennutzungsplans erfolgt im Parallelverfahren zum Bebauungsplan Nr. 13 - Am Elisenpark - gemäß § 2 Absatz 1 i. V. m. § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB), um dem Entwicklungsgebot gemäß § 8 Abs. 2 BauGB zu entsprechen. Mit der Planung wird das Ziel verfolgt, die flächenmäßige Ausdehnung, der vornehmlich zu entwickelnden Wohnbauflächen und des eingeschränkten Gewerbegebiets zu ändern. Ein wesentlicher Aspekt ist die Ausweisung von größeren Abstandsgrünflächen zum Naturschutzgebiet Eldena.
2. Der Änderungsbeschluss ist gemäß § 2 Absatz 1 Satz 2 BauGB ortsüblich sowie im Internet bekannt zu machen.
3. Der Entwurf der 19. Änderung des Flächennutzungsplans (Anlage 1) sowie dessen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 2) werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.
4. Der Entwurf der 19. Änderung des Flächennutzungsplans (Anlage 1) sowie dessen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 2) sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen, sowie in das Internet einzustellen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zum o. g. Entwurf der 19. Änderung des Flächennutzungsplans einschließlich dessen Begründung mit Umweltbericht zu beteiligen. Die öffentliche Auslegung des Entwurfs der 19. Änderung des Flächennutzungsplans und dessen Begründung mit Umweltbericht ist ortsüblich sowie im Internet bekannt zu machen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
36	0	2

TOP 10.13. **Bebauungsplan Nr. 115 - Am Aalbruch - der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss**

06/1556

B788-30/18 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es erklärt sich kein Mitglied der Bürgerschaft vom Mitwirkungsverbot gemäß § 24 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung KV M-V) betroffen.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 115 - Am Aalbruch - wie folgt:

1. In Abänderung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 115 - Am Aalbruch - Beschluss-Nr. B587-21/17 vom 17.07.2017, wird die Plangrenze, wie in der Anlage 1 dargestellt, geändert.
2. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 115 - Am Aalbruch - (Anlage 2) sowie dessen Begründung mit Umweltbericht einschließlich der Anhänge (Anlage 3) werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.

3. *Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 115 - Am Aalbruch - (Anlage 1) sowie dessen Begründung mit Umweltbericht einschließlich der Anhänge (Anlage 2) sind gemäß § 3 Absatz 2 BauGB öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Absatz 2 BauGB zu dem v.g. Entwurf, dessen Begründung mit Umweltbericht einschließlich Anhänge (Anlage 2) zu beteiligen.
Die öffentliche Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplans Nr. 115 - Am Aalbruch - und dessen Begründung mit Umweltbericht einschließlich der Anhänge (Anlage 2) ist ortsüblich bekannt zu machen.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
38	0	0

TOP 10.14. Beschluss zum Ausbau des Knotenpunktes Ernst-Thälmann-Ring/Makarenkostraße sowie zur Abschnittsbildung, Kostenspaltung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme nach der Straßenbaubeitragssatzung
06/1513

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau von Busse und Frau Hanke

. bringen die Beschlussvorlage ein.

Herr Dr. Steffens

. stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den öffentlichen Teil abzurechnen und den nichtöffentlichen Teil durchzuführen.

Herr König

. hält eine Gegenrede.

Frau Socher lässt über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Steffens abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
23	14	1

Damit wird der TOP 10.14. vertagt.

TOP 10.15. Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Herstellung notwendiger Stellplätze und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder sowie über die Erhebung von Ablösbeträgen für notwendige Stellplätze und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder (Stellplatz- und Fahrradabstellplatzsatzung)
06/1563.1

vertagt

TOP 10.16. Hafengebührensatzung 2019/ 2020/ 2021 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
behandelt nach
TOP 10.10

06/1522

B785-30/18

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau von Busse

. bringt die Beschlussvorlage ein.

. stellt eine Stellungnahme des Rechtsamtes vor.

(Die Stellungnahme wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.)

. benennt redaktionelle Veränderungen:

- Zur Abschreibung auf EK gebe es nun ein kleines Sternchen und die Erläuterung dazu, dass EK sich auf die Position beziehe, die tatsächlich auch nur durch Eigenmittel und nicht durch Förderung finanziert worden sei.

- In der Sachdarstellung unter Punkt 3 werde klar gestellt, auf was sich die 20 und 50 Jahre bezögen.
- In der Sachdarstellung unter „Vergleich der Hafengebühren ausgewählter Häfen in Vorpommern“ Punkt b) seien die Zahlen zu Ladebow noch einmal korrigiert worden.

Herr Dr. Kerath

- . fragt, ob ihm die Stellungnahme des Rechtsamtes elektronisch zur Verfügung gestellt werden könnte.
- . bringt den Änderungsantrag der SPD-Fraktion ein.
- . beantragt, die Punkte des Änderungsantrages einzeln abzustimmen, wobei es zu Punkt 3 eine namentliche Abstimmung geben solle.

Die CDU-Fraktion zieht ihren Änderungsantrag zurück.

Herr Jaap

- . bringt den Änderungsantrag der Fraktion Kompetenz für Vorpommern ein.

Herr König

- . spricht sich dagegen aus, den Hafen stillzulegen.
Man müsse beobachten, wie sich der Hafen ganzstädtig verhalte und wie sich die Umschläge entwickeln würden. Danach könne man Konsequenzen ziehen. Sollte es trotz Ausbaggerung nicht zu einer positiven Entwicklung kommen, müsse man früher oder später die Reißleine ziehen.
- . werde dafür stimmen, dass die Hafengebührensatzung getrennt werden solle.

Frau von Busse

- . sagt, dass die Trennung der Satzung rechtlich möglich, aber verwaltungstechnisch ein zusätzlicher Aufwand sei.
Durch die Änderungsanträge sollten Punkte aufgenommen werden (Punkt 2 des Änderungsantrages der SPD-Fraktion und der Änderungsantrag der Fraktion Kompetenz für Vorpommern), die nach Auffassung der Verwaltung nicht in die Satzung gehören würden. Ein Urteil des Verwaltungsgerichtes Greifswald vom 02.11.2011 besage, dass eine Befreiung von Hafengebühren unzulässig sei, wenn sie nicht aus sozialen Gründen erfolge.

Herr Dr. Kerath

- . ist der Meinung, dass, wenn sich ein Gebührenüberhang bilden sollte, dieser in der nächsten Gebührenkalkulation für den nächsten Zeitraum zurückgegeben werde.

Herr Prof. Dr. Hardtke

- . geht auf den Redebeitrag von Frau von Busse ein. Es gehe nicht darum, dass für jemanden oder für einen bestimmten Bereich auf Gebühren verzichtet werde. Sondern es werde für einen bestimmten Bereich aufgrund bestimmter Bedingungen – nämlich, dass ein Traditionsschiff gemeinnützig betrieben werde – eine andere Gebühr festgelegt. Hintergrund sei, dass momentan der Museumshafen Greifswald e.V. darüber entscheide, ob jemand einen hohen Beitrag zahle oder einen sehr geringen Beitrag, weil er Vereinsmitglied werde. Im Zweifel solle die Bürgerschaft darüber entscheiden, wer welchen Betrag zahlen müsse und nicht der Vorstand des Museumshafenvereines. Dies beziehe sich jedoch ausdrücklich nur auf Traditionsschiffe, die sonst auch Mitglied im Museumshafen Greifswald e.V. werden könnten und nur, wenn sie gemeinnützig geführt werden würden.
- . hat daher keine Bedenken, dass dadurch die Satzung rechtswidrig werden könnte.

Herr Krüger

- . stellt den Änderungsantrag, im Punkt 1 des Änderungsantrages der SPD-Fraktion Folgendes zu ergänzen: „ab dem nächsten Kalkulationszeitraum 2022/2023/2024“

Frau Socher lässt über den Änderungsantrag von Herrn Krüger abstimmen:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	21	13	7

Frau Socher lässt über die Punkte des Änderungsantrages der SPD-Fraktion einzeln abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die nachstehenden Änderungen zur Hafengebührensatzung 2019/20/2021.

1. Es werden zwei separate Hafengebührensatzungen ab dem nächsten Kalkulationszeitraum 2022/2023/2024 aufgestellt. Eine Satzung umfasst ausschließlich den Bereich des Seehafen Ladebow, die andere Satzung den Bereich des Hafen Wieck und den Stadthafen.
2. § 7 Absatz 1 wird um folgende Regelung ergänzt:
 - i) Fahrzeuge, die von in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald ansässigen Vereinen, überwiegend für die Ausbildung eingesetzt werden, wenn die Befreiung bis zum 15. April eines jeden Kalenderjahres beantragt wird.
3. in § 8 Absatz 2 werden die Beträge von 0,60 € jeweils ersetzt durch den Betrag 3,00 €“

Punkt 1

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	20	17	4

Punkt 2

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	6	mehrheitlich	10

Punkt 3 (namentliche Abstimmung)

Mitglieder der Bürgerschaft	JA	NEIN	ENTHALTUNG
Herr Ibrahim Al Najjar	entschuldigt		
Frau Ulrike Berger			X
Herr Dr. Ullrich Bittner		X	
Herr André Bleckmann		X	
Herr Ulf Burmeister		X	
Frau Rita Duschek		X	
Herr Rudi Duschek			X
Herr Frank Embach	X		
Frau Yvonne Görs		X	
Herr Professor Dr. Frank Hardtke		X	

Frau Marion Heinrich			X
Herr Axel Hochschild		X	
Herr Heiko Jaap		X	
Herr Lutz Jesse		X	
Herr Wolfgang Jochens		X	
Herr Dr. Jörn Kasbohm	entschuldigt		
Herr Dr. Andreas Kerath	X		
Herr Jörg König		X	
Herr Nikolaus Kramer		X	
Herr Alexander Krüger			X
Herr Christian Kruse		X	
Herr Thomas Lange	X		
Herr Jürgen Liedtke		X	
Herr Egbert Liskow		X	
Frau Karola Lüptow		X	
Herr Peter Madjarov			X
Herr Dr. Thomas Meyer		X	
Herr Peter Multhauf	X		
Herr Thomas Mundt		X	
Herr Christoph Oberst		X	
Herr Dr. Sascha Ott		X	
Herr Milos Rodatos	X		
Herr Dr. Ulrich Rose	X		
Frau Dr. Mignon Schwenke			X
Frau Birgit Socher		X	
Herr Ludwig Spring		X	
Herr Dr. Rainer Steffens		X	
Herr Professor Dr. Thomas Treig		X	
Herr Erik von Malottki	X		
Frau Brigitte Witt	X		

Frau Dr. Monique Wölk	X		
Frau Katja Wolter		X	
Herr Ingo Ziola		X	

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	9	26	6

Frau Socher lässt über den Änderungsantrag der Fraktion Kompetenz für Vorpommern abstimmen:

„Die Bürgerschaft beschließt folgenden Änderungsantrag zur Hafengebührensatzung 2019 - 2021:

§ 9 Abs. 2 der Satzung wird um einen weiteren Buchstaben ergänzt mit folgendem Wortlaut:

c) Für Wasserfahrzeuge, die gemeinnützigen Zwecken dienen, kann auf Antrag eine Jahresgebühr erhoben werden, die pro lfd. m beanspruchte Uferbefestigung 10,00 € beträgt. “

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	27	9	4

Frau Socher lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Die Gebührensatzung der Kalkulationsperiode 2019/ 2020/ 2021 für die Häfen der Stadt.
2. Den Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Seesportzentrum Greifswald über die Mitnutzung der Sanitäranlagen des „Schipp in“ für die Hafennutzer (Gastlieger) der kommunalen Liegeplätze im Hafen Wieck.
3. Es werden zwei separate Hafengebührensatzungen ab dem nächsten Kalkulationszeitraum 2022/2023/2024 aufgestellt. Eine Satzung umfasst ausschließlich den Bereich des Seehafen Ladebow, die andere Satzung den Bereich des Hafen Wieck und den Stadthafen.“

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	7	2

TOP 10.17. Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik

06/1576 vertagt

TOP 10.18. Angebot zur Flüchtlingshilfe – Seenotrettung im Mittelmeer aufrechterhalten

behandelt vor
TOP 10.2

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

06/1595
B775-30/18

Frau Berger

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Kruse

. hinterfragt, was die Fraktion unter Seenotrettung verstünde.

Aus seiner Sicht sei Seenotrettung, die Rettung von Menschen, die unfreiwillig in Seenot geraten seien, deren Aufnahme und das Bringen dieser Menschen an die nächstgelegene Küste.

Die Vorlage ziele jedoch auf eine andere Ausgangslage ab – nämlich Menschen, die sich

eine illegale Einwanderung nach Europa erzwingen wollen, aufzunehmen, um sie nicht an die nächstgelegene Küste, sondern über den illegal mit Hilfe von Schleusern eingeschlagenen Weg zur europäischen Küste zu bringen. Flüchtlinge, die in Abwägung der Chancen und Risiken mithilfe von Schleppern und viel Geld mit Booten nach Europa übersetzen wollen, könne man nicht mit Schiffbrüchigen vergleichen. Die Chance auf diesem Weg eine Zuwanderung nach Europa zu erreichen, werde einen weiteren Flüchtlingsdruck hervorrufen, der die Zahl der Todesopfer bedauerlicherweise weiter erhöhen werde.

. rät von Vorlagen, wie dieser, die ihr Ziel verfehlen und humanitär das Gegenteil bewirken, ab.

Frau Dr. Schwenke

. sagt, dass die Menschen sich auf den Weg machen würden, obwohl sie wissen, wie gefährlich der Weg sei. Sie würden vor Krieg, Hunger und Wassermangel fliehen. Für ein lebenswertes Leben dort, gebe es für viele Menschen, keine Grundlage mehr. Insofern könne man durchaus die Frage stellen, was in diesem Zusammenhang „Freiwilligkeit“ bedeute.

Wo sollen diese Menschen hin und wie sollen sie ihr Leben gestalten?
Greifswald solle das Angebot unterbreiten, ein sicherer Hafen zu sein, wie andere Städte auch.

Herr Krüger

. sagt, dass das Problem nicht mit mehr Militär gelöst werde.
Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 werde diesen Antrag unterstützen und fordere weitere Städte auf, sich diesem Antrag anzuschließen.

Herr Kramer

. sagt, dass dieser Antrag abgelehnt werden müsse.
Dieser Beschluss könne zu hohen finanziellen Auswirkungen führen.
Humanitäre Hilfe Vorort sei absolut wichtig. Aber man müsse noch dringender den Sozialmagneten im Land abstellen und die Geldleistungen auf Sachleistungen für die Geflüchteten umstellen.

Herr Dr. Kerath

. sagt, dass es für seine Fraktion eine Selbstverständlichkeit sei, die Beschlussvorlage zu unterstützen.
Natürlich sei eines der ersten Ziele, die Fluchtursachen zu bekämpfen. Aber eine dieser Ursachen sei die Klimakatastrophe.
Die Menschen würden nicht freiwillig fliehen, sondern weil sie vor Ort nicht überleben könnten.
Es bestehe die Pflicht, den Menschen zu helfen.
. geht in diesem Zusammenhang auf Art. 1 Abs. 1 GG ein.
. würde sich freuen, wenn am 10.11.2018 auf den Banner am Schuhhagen stehen würde, dass Greifswald weltoffen und bunt sei und den Flüchtlingen helfe.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Der Oberbürgermeister soll Bundeskanzlerin Angela Merkel und - als kreisangehörige Stadt - dem Landrat des Landkreises Vorpommern-Greifswald Unterstützung zur Aufnahme der im Mittelmeer geretteten Flüchtlinge anbieten. Die dafür notwendigen Strukturen sind bei Bedarf zur Verfügung zu stellen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
20	18	3

TOP 11. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

vertagt

TOP 12. Schluss der Sitzung

Die Präsidentin der Bürgerschaft beendet den öffentlichen Teil der Sitzung der Bürgerschaft um 22:22 Uhr.

für das Protokoll

Birgit Socher
Präsidentin

Sarah Wiesenberg
Sachbearbeiterin
Sitzungsdienst
Bürgerschaft

Anlagen:

- zu TOP 6: Informationen über Hauptausschussbeschlüsse
- zu TOP 9: PowerPoint-Präsentation zum Haushalt 2019/20
- zu TOP 10.16: Stellungnahme des Rechtsamtes